

## ► Allgemeines

**Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung ist mittlerweile im Osten so hoch wie im Westen.** Während die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland immer noch nahezu doppelt so hoch ist wie im Westen, konnte der Osten beim Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung mittlerweile mit dem Westen gleichziehen. Das geht aus einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt in Ost wie West bei rund 50 %. Zwei Faktoren spielen dem IAB zufolge bei der Angleichung eine Rolle: Zum einen ist im Osten wie im Westen in den Jahren 2006 bis 2008 die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten deutlich gestiegen. Gleichzeitig ging in Ostdeutschland der Bevölkerungsanteil durch Weggang der 15- bis 64-Jährigen deutlich zurück, so dass sich die Arbeitsplatzversorgung der verbliebenen ostdeutschen Bevölkerung in starkem Umfang verbesserte. Der Unterschied zwischen den Arbeitslosenquoten verringerte sich zwar auch etwas, aber es besteht weiterhin ein klares Ost-West-Gefälle: Im Osten beträgt die Quote derzeit 13,5 %, im Westen liegt sie bei 7,4 %. Zu dieser Ungleichheit tragen unter anderem die Unterschiede im Erwerbsverhalten, insbesondere von Frauen, bei. Die aktuelle Wirtschaftskrise bewirkt, dass sich derzeit die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland angleichen. Die stärker exportorientierte westdeutsche Wirtschaft ist wesentlich stärker von der Krise betroffen als die ostdeutsche. Ob die Krise eher zu einer Angleichung oder zu einer Verschärfung der regionalen Unterschiede führt, ist offen, zumal die Auswirkungen derzeit auf dem Arbeitsmarkt noch nicht in vollem Umfang angekommen sind. Kurzarbeit ist in den normalerweise wirtschaftlich prosperierenden Wirtschaftszentren Baden-Württembergs besonders verbreitet, aber auch im Saarland, in Bremen und Nordrhein-Westfalen, also in Bundesländern, in denen die wirtschaftliche Entwicklung laut IAB bereits vor der Krise schlechter als im Durchschnitt verlief. Information: <http://doku.iab.de/kurzber/2010/kb0110.pdf>. Quelle: *Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 4.2.2010*

**Genshagener Erklärung verabschiedet.** Im Frühjahr 2005 schlossen sich Vertreter der Dachverbände und unabhängigen Organisationen des Dritten Sektors sowie Experten und Wissenschaftler zum „Bündnis für Gemeinnützigkeit“ zusammen, um die Interessen des Dritten Sektors gegenüber Politik und Verwaltung zu vertreten und Vorschläge zur Vereinfachung und Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts sowie eine Selbstverpflichtung des Dritten Sektors zu mehr Transparenz zu erarbeiten. Mit seiner Erklärung vom 4. Februar 2010 gibt das Bündnis Empfehlungen, die das bürgerschaftliche Engagement mit seiner Gemeinwohlorientierung als ein wirksames Korrektiv zu einseitig wirtschaftlichem Denken

stärken sollen. Eine zentrale Forderung ist hierin die Stärkung politischer Teilhabe durch die Erweiterung von Beteiligungsformen als eine Voraussetzung für mehr bürgerschaftliches Engagement. Insgesamt werde die Gesellschaft hierdurch nachhaltiger, Zusammenhalt und Integration würden gestärkt. Das Bündnis will dahingehend wirken, dass der Dritte Sektor als den Sektoren Staat und Wirtschaft gleichrangig angesehen wird, um so eine humane und zukunftsfähige Gesellschaft zu verwirklichen. Information: Bündnis für Gemeinnützigkeit, Spießweg 90, 13437 Berlin, Tel.: 030/411 919 11, E-Mail: [wballhausen@versanet.de](mailto:wballhausen@versanet.de). Quelle: *Pressemitteilung des Bündnisses für Gemeinnützigkeit vom 1.2.2010*

**Hotline für frühere Heimkinder.** Für Heimkinder, die in den 1950er- und 1960er-Jahren in katholischen Einrichtungen untergebracht waren, gibt es nun eine bundesweite Telefon-Hotline der katholischen Kirche. Unter der Nummer 0180/410 04 00 (20 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz) können Betroffene von ihrem Schicksal berichten und therapeutische Beratung einholen. Die Deutsche Bischofskonferenz bedauert, dass Kindern und Jugendlichen in katholischen Heimen seelische und körperliche Gewalt zugefügt wurde. Mit der Hotline will sich die katholische Kirche den Erwartungen ehemaliger Heimkinder stellen und sie bei der Aufarbeitung ihrer Lebensgeschichten unterstützen. Quelle: *Caritas in NRW 01.2010*

## ► Soziales

**Gemeinsamer Bericht 2009 über Sozialschutz und Soziale Eingliederung der EU-Kommission.** Zum Gemeinsamen Bericht 2009 über Sozialschutz und Soziale Eingliederung der EU-Kommission liegt nun eine Zusammenfassung mit den wichtigsten Trends und Ergebnissen vor, wobei anhand zahlreicher statistischer Schaubilder neben der Europäischen Union (EU) in ihrer Gesamtheit hauptsächlich die einzelnen Mitgliedstaaten im Vergleich betrachtet werden. Das Themenspektrum umfasst die sozialen Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, die Bekämpfung von Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung, die Angemessenheit und Zukunftssicherheit der Renten und den Zugang zu Leistungen der Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege. Besonderes Augenmerk liegt auf der Integration der Roma und sozialer Gruppen, die aufgrund eines Migrationshintergrunds oder anderer Faktoren wie Obdachlosigkeit oder Behinderung benachteiligt sind. Um die vereinbarten Ziele hinsichtlich des Sozialschutzes und der sozialen Eingliederung zu erreichen, bedürfe es nachhaltiger Anstrengungen. Information: <http://ec.europa.eu/social>. Quelle: *Gemeinsamer Bericht 2009 über Sozialschutz und soziale Eingliederung. Zusammenfassung. Luxemburg 2009*

**Sozialversicherungswahlen 2011.** Bei den im Abstand von sechs Jahren stattfindenden Sozialversicherungswahlen bestimmen Versicherte und Arbeitgebende über die Zusammensetzung ihrer Vertretung in den Selbstverwaltungsgremien der Sozialversicherungsträger und nehmen damit Einfluss auf deren Arbeit. Der Bundeswahlbeauftragte Gerald Weiß teilte mit, die direkten Wahlen würden mittlerweile häufig durch die Alternative der sogenannten „Friedenswahlen“ ersetzt, die stattfinden, wenn von einer Gruppe nur eine Vorschlagsliste eingereicht wird, in der

nicht mehr Bewerbende genannt sind als Plätze zur Verfügung stehen, oder wenn auf mehreren Vorschlagslisten insgesamt nicht mehr Kandidierende stehen als Mandate zu vergeben sind. Die auf den Listen genannten Personen gelten dann ohne Wahlhandlung als gewählt. Da die Wahlbeteiligung vor fünf Jahren nur noch bei 30,8 % lag und von 10 000 Plätzen nur noch 189 über direkte Wahlen besetzt worden seien, appellierte Weiß am 27. Januar an die Mitglieder des Ausschusses für Arbeit und Soziales, sich als „Botschafter der Sozialversicherungswahlen 2011“ einzusetzen, die für Juni nächsten Jahres angesetzt sind. Die Ausnahme der Friedenswahlen sei zur „bedenklichen Regel“ geworden. *Quelle: Das Parlament 5/6.2010*

**Bundesregierung unterstützt Sozialversicherungen.** Durch einen neuen Gesetzentwurf (17/507) des Bundestages sollen die Folgen der derzeitigen Wirtschaftskrise auf die Sozialversicherungen und die Landwirtschaft abgemildert werden. Da für die Bundesagentur für Arbeit im Haushaltsjahr 2010 ein Defizit von 17,8 Mrd. Euro zu erwarten ist, steht anstatt des geplanten Darlehens nun ein Zuschuss von 16 Mrd. Euro auf dem Programm. Für die Gesetzlichen Krankenversicherungen ist eine staatliche Hilfe in Höhe von 3,9 Mrd. Euro vorgesehen. Darüber hinaus werden die Altersfreibeträge von Hartz-IV-Beziehenden von derzeit 250 auf 750 Euro pro Lebensjahr angehoben. In seiner jetzigen Konzipierung ist das konjunkturbedingte Entlastungspaket nicht auf eine längere Dauer angelegt. *Quelle: Das Parlament 5/6.2010*

## ► Gesundheit

**Kritik an Benotungsverfahren für die Pflege.** Angesichts immer wieder aufgedeckter Mängel und Missstände in der Pflege wurde im letzten Jahr im Zuge des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes ein neues Prüfsystem, die Pflege nach Noten, mit dem Ziel eingeführt, die Transparenz hinsichtlich der Qualität der ambulanten und stationären Leistungen zu erhöhen. Grundlage der im Internet veröffentlichten Noten sind die Ergebnisse der Qualitätsprüfungen des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK) sowie gleichwertige Prüfungen. Die Liga Sachsen, ein Zusammenschluss von Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen, kritisiert die Umsetzung des Verfahrens. Nachgereichte Informationen der Pflegeeinrichtungen würden von den Pflegekassen in der abschließenden Beurteilung zu wenig berücksichtigt. Beobachtbar sei auch, dass der hohe Zeitaufwand für die Tätigkeitsdokumentation zu Lasten der Pflege und Betreuung gehe. Um eine objektive Informationsquelle herzustellen, sei es nötig, die Verfahren zur Bewertung der Pflegeergebnisse und der Lebensqualität zu verbessern. *Quelle: Pressemitteilung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Sachsen 01.2010*

**Berliner Gesundheitspreis 2010.** Der vom AOK-Bundesverband, der Ärztekammer Berlin und der AOK Berlin-Brandenburg initiierte Berliner Gesundheitspreis belohnt seit dem Jahr 1995 innovative Ideen und Modelle zur Verbesserung des Gesundheitswesens. In der jetzigen Aus-

# Wir denken weiter.

Zum Beispiel mit dem Online-Factoring:

- Extrem günstige Konditionen
- Sichere und schnelle Vorfinanzierung
- Auszahlung innerhalb von zwei Arbeitstagen
- Das Finanzierungsvolumen wächst mit den Umsätzen
- Keine zusätzlichen Sicherheiten notwendig
- Vorteilhafter Einkauf (Skonto)
- Umgehung der Auswirkungen von Basel II

Sprechen Sie uns an. Wir haben die Lösung.

**Die Bank für Wesentliches.**

[www.sozialbank.de](http://www.sozialbank.de)



**Bank  
für Sozialwirtschaft**

schreibung geht es um Projekte zur Entlastung von Angehörigen, die sich der Pflege älterer Menschen oder der Betreuung behinderter oder schwerkranker Kinder und Jugendlicher widmen. Berücksichtigt werden elektronische Bewerbungen von ehrenamtlichen Gruppen sowie wissenschaftlichen und anderen professionellen Einrichtungen, die bis zum Stichtag am 31. Mai 2010 bei der AOK unter der Anschrift [berliner.gesundheitspreis@bv.aok.de](mailto:berliner.gesundheitspreis@bv.aok.de) eingehen. Das Preisgeld besteht aus einem Gesamtvolumen von 50 000 Euro. Information: [www.berliner-gesundheitspreis.de](http://www.berliner-gesundheitspreis.de). *Quelle: G+G Gesundheit und Gesellschaft 1.2010*

**Forschungsförderung der Deutschen Alzheimer Gesellschaft ausgeschrieben.** Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. Selbsthilfe Demenz (DALZG) schreibt 2010 eine Summe von maximal 150 000 Euro für die Unterstützung eines oder mehrerer Forschungsvorhaben aus. Dabei sollen in diesem Jahr Projekte gefördert werden, die zu verbesserten Erkenntnissen im Bereich der nichtmedikamentösen Therapien bei Demenz beitragen. Personen oder Institutionen, die ein Forschungsprojekt im genannten Themenbereich (Laufzeit maximal drei Jahre) durchführen wollen, können sich um eine Förderung bewerben. Dazu ist unter anderem eine detaillierte Projektbeschreibung einzureichen, aus der auch die innovative Bedeutung des geplanten Projekts deutlich wird. Bewerbungen müssen bis zum 31.5.2010 eingereicht werden. Die Bekanntgabe des geförderten Forschungsprojekts erfolgt am 9.10.2010 im Rahmen des 6. Kongresses der Deutschen Alzheimer Gesellschaft, der in Braunschweig stattfinden wird. Information: [www.deutsche-alzheimer.de](http://www.deutsche-alzheimer.de). *Quelle: Pressemitteilung der Deutschen Alzheimer Gesellschaft vom 28.1.2010*

## ► Jugend und Familie

**Landesjugendamt qualifiziert Fachkräfte nordrhein-westfälischer Kommunen.** Die Problemlagen von Familien werden immer gravierender und vielschichtiger. Damit steigen die Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den allgemeinen sozialpädagogischen Diensten (ASD). Um Berufs- wie auch Quereinsteigende für die besonderen Anforderungen ihres Arbeitsalltags zu qualifizieren, haben die Landesjugendämter Rheinland und Westfalen gemeinsam mit der Fachhochschule Münster den Zertifikatskurs „Hilfe in schwierigen Lebenslagen“ entwickelt. Im Rahmen des Kurses unterrichten und beraten erfahrene Referentinnen und Referenten in Arbeitsfeldern wie „Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung“, „Trennungs- und Scheidungsberatung“ sowie „Mitwirkung in familiengerichtlichen Verfahren“, „Gesprächsführung“ und „Hilfeplanung“. Information: [www.lvr.de](http://www.lvr.de). *Quelle: Pressemitteilung des Landschaftsverbands Rheinland (LVR) vom 25.1.2010*

**Arche-Zentrum in Frankfurt am Main.** Das christliche Kinder- und Jugendwerk „Die Arche“ hat im Januar dieses Jahres in der Berthold-Otto-Gesamtschule im Frankfurter Stadtteil Griesheim seinen achten Standort eröffnet. Neben einem kostenlosen Mittagessen besteht das Angebot aus Nachhilfeunterricht und Hausaufgabenbetreuung für 40 bis 60 Kinder im Alter zwischen 7 und 12 Jahren, einer Tätigkeit, die von insgesamt drei pädagogischen Fachkräften wahrgenommen wird. Wie der Leiter der Arche-Arbeit

in Deutschland, Pastor Bernd Siggelkow, bei der Einweihungsfeier anmerkte, weisen einige Untersuchungen darauf hin, dass Kinder häufig ohne Frühstück zum Unterricht erscheinen, was sich negativ auf deren schulische Leistungen auswirke. Laut Arche-Pressesprecher Wolfgang Büscher sind für Frankfurt weitere Betreuungsangebote der Arche in Planung. *Quelle: idea Spektrum 5.2010*

**Hessen fördert Ehrenamt in der Jugendarbeit 2009** haben in Hessen 1 743 Menschen Sonderurlaub erhalten, um sich ehrenamtlich in der Jugendarbeit zu engagieren. Das Land übernimmt die Lohnfortzahlung für ehrenamtliches Engagement in der Jugendarbeit wie beispielsweise die Betreuung bei Kinder- und Jugendfreizeiten, Sommerspielaktionen oder Sportveranstaltungen. Insgesamt wurden für die Freistellung im Jahr 2009 Lohnkosten in Höhe von zirka 1,1 Mio. Euro (2008: zirka 1,05 Mio.) erstattet. Von den Personen, die durch das Land gefördert wurden, war fast die Hälfte zwischen 16 und 30 Jahre alt. Die Anzahl der Betriebe stieg mit 1 157 gegenüber dem Vorjahr um 138 an. In der Jugendarbeit in Hessen wird ehrenamtliches Engagement auf der Grundlage des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches (HKJGB) gefördert. *Quelle: Pressemitteilung des Hessischen Ministeriums für Arbeit, Familie und Gesundheit vom 2.2.2010*

**Vertreter von Jugendwohnheimen verweisen auf Investitionsbedarfe.** Rund 50 Vertreterinnen und Vertreter von Jugendwohnheimen trafen sich im Januar 2010 in Halle zum zweiten von insgesamt vier Workshops des Projektes „leben.lernen.chancen nutzen“ unter Mitwirkung des Instituts für sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (ism). Das Fazit der zweitägigen Veranstaltung lautet, dass die bereits bestehenden Jugendwohnheime nicht nur saniert werden müssen, sondern auch Bedarf für ein bundesweit flächendeckendes Netz besteht. An über 500 Standorten in Deutschland bieten Jugendwohnheime jungen Menschen zwischen 14 und 27 Jahren, die während ihrer schulischen Ausbildung nicht länger zu Hause wohnen können, Unterkunft, Verpflegung und sozialpädagogische Begleitung. Dieses Unterstützungsangebot wird jährlich von mehr als 200 000 Jugendlichen in Anspruch genommen, von denen fast 60 % minderjährig sind. Bund und Länder gewähren seit 1975 Zuschüsse für Internate der überbetrieblichen Ausbildungsstätten, während Jugendwohnheime, die Blockschüler und -schülerinnen beherbergen, diese Zuschüsse nicht erhalten, obwohl der bayerische Verfassungsgerichtshof 1987 festgestellt hat, dass Blockschüler aufgrund der Mehrkosten der auswärtigen Unterbringung durch die Zentralisierung von Fachklassen nicht benachteiligt werden dürfen. Information: [www.projekt-jugendwohnen.de](http://www.projekt-jugendwohnen.de). *Quelle: Pressemitteilung des Projekt Jugendwohnen vom 25.1.2010*

## ► Ausbildung und Beruf

**Masterstudiengang Kriminologie.** Zum Wintersemester 2010/11 beginnt an der Universität Hamburg der vierte Durchgang des weiterbildenden Masterstudiengangs Kriminologie. Berufstätige aus kriminologisch einschlägigen Arbeitsfeldern können in einem sozialwissenschaftlich ausgerichteten Studium berufsbegleitend den Titel Master of Arts (M.A.) erlangen. Durch eine kompakte Studienorganisation wird sowohl die berufsbegleitende Studierbar-

keit gewährleistet als auch der überregionale Einbezug der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ermöglicht. Das Studium beginnt mit einer Einführungswoche und wird dann in aufeinander folgenden Modulen durchgeführt, die mit jeweils einem Wochenende Präsenzlehre beginnen und durch eine mehrwöchige E-Learningphase vertieft werden. Das Angebot richtet sich an Berufstätige mit einem Hochschulabschluss (Diplom, Magister, Staatsexamen oder anderem) sowie anschließender, mindestens einjähriger Berufserfahrung in einem kriminologisch einschlägigen Berufsfeld (Polizei, Justiz, Sozialarbeit etc.) Die Studiendauer umfasst zwei Semester zuzüglich einem Semester für die Erstellung der Masterarbeit. Bewerbungen werden bis zum 1.7.2010 entgegengenommen. Information: <http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/IKS/wbmaster.html>. *Quelle: Pressemitteilung der Universität Hamburg vom 5.1.2010*

**Bildungsprämie Mehr Weiterbildung für alle.** Die Bundesregierung will noch mehr Menschen für die berufliche Weiterbildung mobilisieren. Da der Bedarf vor allem bei gering Qualifizierten besonders hoch eingeschätzt wird, diese in der Regel aber nur geringe Einkommen erzielen, sollen diese ganz besonders unterstützt werden. Die seit Januar 2010 aufgestockte „Bildungsprämie“ bietet drei aktualisierte Finanzierungskomponenten: Die Bildungsprämie für Erwerbstätige ist von 154 auf maximal 500 Euro gestiegen. Anspruchsberechtigt ist, wer höchstens 25 600 Euro oder 51 200 Euro bei gemeinsam Veranlagten im Jahr versteuert und mindestens den gleichen Betrag selbst zahlt. Das Vermögensbildungsgesetz kann auch zur Finanzierung von Weiterbildung genutzt werden, sogar während der Sperrfrist und ohne Verlust der Arbeitnehmersparzulage. Das Weiterbildungsdarlehen kann auch bei höheren Einkommen genommen werden. Alle drei Komponenten sind kumulativ anwendbar. Die Initiative wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Bundes finanziert. Information: [www.bmbf.de/foerderungen/14091.php](http://www.bmbf.de/foerderungen/14091.php). *Quelle: Arbeitsmarktpolitische Service der LASA Brandenburg Nr. 1/2010*

## Tagungskalender

**5.-7.5.2010 Berlin.** Deutscher Pflegekongress 2010 – Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit. Information: Kongressbüro, Palisadenstraße 48, 10243 Berlin, Tel.: 030/498 550 31, E-Mail: [info@hauptstadtkongress.de](mailto:info@hauptstadtkongress.de)

**16.-19.5.2010 Berlin.** 28. Kongress des Internationalen Forschungs- und Informationszentrums für öffentliche Wirtschaft, Sozialwirtschaft und Genossenschaftswesen (CIRIEC). Information: Bundesverband Öffentliche Dienstleistungen – Deutsche Sektion des CEEP e.V. (BVÖD), Sponholzstraße 11, 12159 Berlin, Tel.: 030/852 10 45, E-Mail: [info@bvloed.de](mailto:info@bvloed.de)

**28.6.-3.7.2010 Strobl/Österreich.** Projekttagung der Deutschen Gesellschaft für Gruppendynamik und Organisationsdynamik – die große Gruppe, ein gruppendynamisches Experimentierfeld. Information: VHS Ottakring, Brigitta Burian, Ludo-Hartmann-Platz 7, A-1160 Wien, Tel.: 0043/1/492 08 83, E-Mail: [brigitta.burian@vhs-ottakring.ac.at](mailto:brigitta.burian@vhs-ottakring.ac.at)

**15.-17.9.2010 Berlin.** 2. Gemeinsamer Kongress der Deutschen Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie und der Schweizerischen Gesellschaft für Gerontologie. 10. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie. Information: Aey Congresse GmbH, Seumestraße 8, 10245 Berlin, Tel.: 030/29 00 65 94, E-Mail: [dggg2010@ay-congresse.de](mailto:dggg2010@ay-congresse.de), Internet: [www.dggg-kongress.org](http://www.dggg-kongress.org)

**26.-30.9.2010 Bremen.** 47. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Psychologie. Information: Deutsche Gesellschaft für Psychologie, Postfach 42 01 43, 48068 Münster, Tel.: 05594/94 39 45, Internet: [www.dgps-bremen.de](http://www.dgps-bremen.de)

**7.-9.10.2010 Braunschweig.** 6. Kongress der Deutschen Alzheimer Gesellschaft – „Gemeinschaft leben“. Information: Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V., Hans-Jürgen Freter, Friedrichstraße 236, 10969 Berlin, Tel.: 030/ 59 37 95-0, E-Mail: [info@deutsche-alzheimer.de](mailto:info@deutsche-alzheimer.de), Internet: [www.deutsche-alzheimer.de](http://www.deutsche-alzheimer.de)

**11.-15.10.2010 Frankfurt am Main.** „Transnationale Vergesellschaftungen“ – Jubiläumskongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS). Information: Büro des Soziologiekongresses 2010, Goethe-Universität Frankfurt, Mertonstraße 17-21, 60325 Frankfurt am Main, Tel.: 069/ 798 2534-1/2/3, Email: [info@dgs2010.de](mailto:info@dgs2010.de)